

MITTWOCHSKOLUMNE

„Euro-Renovierung“ – so könnte man das populäre russische Wort „ewromont“ übersetzen, das derzeit im ganzen postsowjetischen Raum verbreitet ist. Dieser komische Begriff, der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auftauchte, bezeichnet modernes Design in Wohnungen und den Gebrauch von europäischen Materialien. Dieses Wort fällt mir immer dann ein, wenn von den sogenannten „bunten Revolutionen“ die Rede ist.

Das Wort ist komisch, das Phänomen ist traurig. Denn die Wohnungseinrichtung nach westeuropäischen Katalogen führt die Einwohner nicht an Europa heran. Innenpolitische Seifenoper in der schwankenden Ukraine, neue Demos in Georgien und eine faktisch unveränderte Situation in Kirgisien – das sind die Früchte der „farbigen“ Revolutionen, die von 2003 bis 2005 diese Republiken er-

schütterten. Naive Euphorie folgte im Westen, berechtigte Angst in Russland – erstere ist längst vorbei, letztere treibt die Innen- und Außenpolitik vom Kreml bis heute um.

Warum verblichen die „bunten Revolutionen“? Alle drei Staaten sind sehr unterschiedlich. In den letzten fünf Jahren vor der „Orangen Revolution“ galt die Ukraine als einer von den wirtschaftlich stärksten postsowjetischen Staaten. Georgien und Kirgisien, wo die „Rosen-“ und „Tulpenrevolution“ stattfanden, waren relativ arm. Heute kann sich wohl nur Tiflis loben: Saakaschwili ist es gelungen, gewisse wirtschaftliche Reformen durchzuführen.

Es gibt aber Gründe, warum diese Revolutionen gerade hier stattfanden. In allen drei Staaten fehlen Energieressourcen. Alle drei Staaten waren korrupt und autoritär. Die Masse der Ukrainer, Georgier und Kirgisen fühlten

Außenansicht



Andrey Kobayakov

Die bunten Revolutionen verbleichen

Andrey Kobayakov arbeitet für die russische Redaktion der „Deutschen Welle“.

sich entrechtet. Die ehemaligen Präsidenten Kutschma, Schewardnadse und Akajew wurden gestürzt, weil sie das

Vertrauen des Volkes verloren hatten.

Die gesellschaftlichen Proteste wurden immer stärker.

Die Regimes aber zeigten sich unflexibel und träge, während die oppositionellen Eliten alle modernen Kommunikations- und PR-Mitteln nutzten. Die Opposition war schnell, beweglich und „sexy“. Deshalb reihten sich hier immer mehr Jugendliche und Intellektuelle sowie der Mittelstand ein. In allen drei Fällen wurden die europäischen Werte als Leitstern deklariert. Aber abstrakt, ohne klares Programm und Ziel. Man entschied sich für westliche Demokratiestandards, ohne zu wissen, was das eigentlich ist.

Die indirekte Hilfe und Medien-Unterstützung vom Westen spornten die „bunten Revolutionäre“ noch stärker an. Aber gleichzeitig wurden sie enttäuscht, wenn – nach der Euphorie – die Unterstützung nicht mehr im gewohnten Maße kam.

Was ist inzwischen mit den neuen Mächten passiert? In Kirgisien wechselte nur eine Gruppe von Funktionären

die andere an der Spitze ab. In Georgien kam ein junger, westlich gebildeter Politiker an die Macht, der sich in den Besonderheiten des postsowjetischen Raums nicht auskennt und auch keine politische Strategie hat. Die ukrainische Realität sieht so aus, dass anstelle der alten Oligarchen neue in die Regierung kamen, und der Staat selbst faktisch in zwei Teile zerfallen ist: einen proeuropäischen und einen prorussischen.

Die beste Farbe für solche Revolutionen wäre wohl „Grün“. Denn sowohl Opposition als auch Gesellschaft sind in diesen Ländern noch nicht reif genug, um etwas Neues zu schaffen. Dennoch gibt es eine positive Bilanz dieser „grünen Revolutionen“. Alle drei „Euro-Renovierungen“ weckten – wenngleich sie von Eurostandards weit entfernt sind – die Gesellschaft und machten deutlich, dass es keine Macht gibt, die nicht gestürzt werden kann.

AKTUELLES IN KÜRZE

ÖSTERREICH

Unschuldig in Haft

Die Wiener Polizei hat einen aus dem Sudan stammenden, österreichischen Staatsbürger acht Tage lang in Abschiebehaf genommen, obwohl er einen festen Wohnsitz in Wien hatte. Außerdem war der sprechbehinderte junge Mann zuvor von seinem Vater als „vermisst“ gemeldet worden. Erst nach acht Tagen wurde der Fehler bemerkt.

ISRAEL

TV-Moderator Peres

Der 85-jährige israelische Staatspräsident Schimon Peres beginnt noch einmal eine neue Karriere – als Fernsehmoderator. Die Sendung des Friedensnobelpreisträgers solle etwa alle zwei Monate ausgestrahlt werden, sagte seine Sprecherin Ajelet Frisch. Darin werde es um wichtige Fragen der israelischen Gesellschaft gehen.

SOMALIA

Neue Piratenangriffe

Piraten haben nach Angaben der Nato im Golf von Aden erneut ein Schiff gekapert – das vierte innerhalb von zwei Tagen. Der libanesische Frachter „MV Sea Horse“ sei vor der Küste Somalias von Seeräubern in drei oder vier Schnellbooten angegriffen worden, sagte Nato-Sprecherin Shona Lowe. Zuvor hatten Piraten den griechischen Frachter „MV Irene E. M.“ überfallen.

Das Datum

15. April 1989: Im Hillsborough-Stadion der englischen Stadt Sheffield kommt es vor einem Spiel zwischen dem FC Liverpool und Nottingham Forest zu einer Massenpanik. 96 Menschen sterben.
15. April 1967: In New York demonstrieren rund 10 000 Menschen unter Leitung des schwarzen Bürgerrechtlers Martin Luther King gegen den Vietnamkrieg.

PAKISTAN

Scharia-Abkommen

Die radikal-islamischen Taliban im nordpakistanischen Swat-Tal haben sich durchgesetzt. Nach der Zustimmung des Präsidenten zur Einführung des islamischen Scharia-Rechts in der Gegend sicherten sie ein Ende der Gewalt zu. Pakistans Präsident Asif Ali Zardari hatte gegen den Widerstand der USA ein umstrittenes Gesetz zur Einführung der Scharia in der Gegend unterzeichnet.

INDIEN

Wahl-Marathon

Indien startet in dieser Woche einen Wahlmarathon, der sich über einen Monat erstreckt und in fünf Phasen über die künftige Besetzung des Parlaments entscheidet. Mit 714 Millionen Wahlberechtigten gilt die Abstimmung als umfangreichster demokratischer Willensakt.

JEMEN

Geiseln frei

Nach zwei Wochen in der Gewalt von Stammeskriegern sind zwei im Jemen lebende Niederländer wieder in Freiheit. Angeblich wurde ein Lösegeld von 325 000 Dollar gezahlt. Das Paar war in der Hauptstadt Sanaa entführt worden.

USA



Symbol des Widerstands gegen die USA – und des Niedergangs auf der einst reichen Insel Kuba: Fidel Castro. FOTO: AP

Obama leitet Wende in der Kuba-Politik ein

Washington – Nach fast einem halben Jahrhundert der Embargo-Politik gegen Kuba leitet der neue US-Präsident Barack Obama eine vorsichtige Wende ein. Er hob als ersten Schritt alle Reisebeschränkungen für Exilkubaner auf. Zugleich dürfen Exilkubaner künftig Verwandten auf der kommunistischen Karibikinsel uneingeschränkt Geld schicken. Auch der freie Fluss politischer Informationen für die Kubaner solle gewährleistet werden, sagte der Weiße Haus-Sprecher Gibbs. Obama, der an diesem Donnerstag in Mexiko eine Lateinamerikareise beginnt, hoffe, damit den demokratischen Wandel auf Kuba voranzutreiben. „Obama meint, dass die Maßnahmen helfen werden, dieses Ziel zu verwirklichen.“

Kubas Revolutionsführer Fidel Castro (82) kritisierte die Maßnahme als unzureichend. Stattdessen forderte er das Ende des seit 1962 bestehenden US-Wirtschaftsembargos. Er rebost reagierte er in den staatlichen Medien insbesondere auf den Hinweis Obamas, alles geschehe für „die Freiheit Ku-

bas“. „Kuba hat Widerstand geleistet und wird es weiter tun“, schrieb Castro. „Es wird niemals die Hand ausstrecken, um Almosen zu erbetteln.“

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch begrüßte die Maßnahmen. Sie seien „ein entscheidender Schritt weg von der erfolglosen und ungerechten“ bisherigen US-Politik. Washington müsse aber weitere Schritte unternehmen.

Obama hatte bereits im Wahlkampf eine Änderung der Kubapolitik versprochen. Er sei auch zu direkten Gesprächen mit der kommunistischen Führung bereit. Zugleich nimmt im US-Parlament der Druck auf ein Ende des seit fast 50 Jahren bestehenden US-Embargos zu. So fordern etwa mehrere demokratische und republikanische Politiker in einem Antrag im Senat, das Verbot von Kuba-Reisen für Amerikaner aufzuheben. Ein Jahr nach dem Rückzug von Kubas Staatschef Fidel Castro gilt die Parlamentsinitiative als erster Schritt, auch das Handelsembargo gegen Kuba aufzuheben.

ATOMSTREIT MIT DEM IRAN

USA gehen auf die Mullahs zu

Zwischen Washington und dem Mullah-Regime in Teheran stehen die Zeichen auf Entspannung: Die USA und Präsident Barack Obama wollen im Atomstreit auf den Iran zugehen.

Washington – Die USA sind im Atomstreit mit dem Iran möglicherweise zu einem erheblichen Zugeständnis bereit. Demnach könne Teheran die Anreicherung von Uran vorerst weiter vorantreiben, falls die Regierung Gespräche und umfassenden Kontrollen ihres Atomprogramms zustimme, berichtete die „New York Times“. Dem Iran solle möglicherweise zugestanden werden, „für bestimmte Zeit während der Gespräche“ weiter Uran anzureichern, schreibt das Blatt. Entsprechende Überlegungen hätten amerikanische und europäische Diplomaten kürzlich erwogen. Es gebe aber noch keine Entscheidung.

Die Zeitung sprach von einem möglichen Strategiewechsel der USA. Präsident Barack Obamas Vorgänger George W. Bush hatte solche direkten Gespräche stets abgelehnt, solange der Iran die Urananreicherung nicht beendet. Die USA verdächtigen den Iran, mit dem angereicherten Uran Atombomben bauen zu wollen.

Ziel eines solchen Strategiewechsels sei es, Teheran für Gespräche zu gewinnen, schrieb die Zeitung unter Berufung auf namentlich nicht genannte Diplomaten. Europäische Regierungsvertreter hätten Obama auf dessen Europareise deutlich gemacht,

dass der Iran der bisherigen Forderung nach sofortiger Schließung seiner umstrittenen Atomanlagen nicht zustimmen werde. „Wir sind übereingekommen, dass das so schlichtweg nicht klappt – die Erfahrung zeigt uns, dass der Iran darauf nicht eingehen wird“, zitiert das Blatt einen hochrangigen europäischen Regierungsbeamten. „Daher werden wir mit einigen Zwischenschritten beginnen, um ein bisschen Vertrauen aufzubauen.“

Ziel bleibe aber, die bestehenden UN-Resolutionen durchzusetzen und einen Stopp der Urananreicherung zu erreichen. Zugleich wiesen einige Regierungsvertreter ausdrücklich darauf hin, es

handele sich noch nicht um beschlossene Pläne, noch sei man in der Diskussionsphase.

Der Iran bestreitet, dass er Kernwaffen anstrebt. Das Atomprogramm diene ausschließlich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad sagte vergangene Woche bei der Eröffnung der ersten iranischen Nuklearbrennstoff-Fabrik, er sei bereit, mit dem Westen über Atomfragen zu sprechen.

„Wir sind bereit, Gespräche zur Atomkraft mit dem Westen zu führen, aber diese Gespräche sollten auf dem Rechtsprinzip, dem Prinzip der Gleichheit und dem Respekt vor den nuklearen Rechten des Iran fußen“, sagte Ah-

madinedschad. Der Iran habe alle internationalen Abkommen eingehalten und werde keine Abstriche bei seinen internationalen Rechten dulden, betonte er.

Der iranische Präsidentschaftskandidat Mir Hussein Mussawi schloss aus, dass sein Land die Urananreicherung aussetzt. Der Iran habe „schlechte Erfahrungen“ mit solchen Aussetzungen gemacht, sagte Mussawi der Zeitung „Financial Times“. Er bekräftigte ebenfalls, die Urananreicherung diene nicht dem Bau von Waffen. Mussawi tritt bei der Präsidentschaftswahl im Juni gegen den erzkonservativen Amtsinhaber Mahmud Ahmadinedschad an. mmm/dpa



Gibt sich gern als starker Mann: Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad. FOTO: REUTERS

AFGHANISTAN

Taliban töten Liebespaar

Kabul – Radikalislamische Taliban haben in der südwestafghanischen Provinz Nimros nach offiziellen Angaben ein unverheiratetes Liebespaar öffentlich hingerichtet. Provinzgouverneur Asaad sagte, die 19-jährige Frau und der etwa 23 Jahre alte Mann seien von zu Hause weggelaufen, als ihre Eltern ihnen die Heirat verweigert hätten. Die Familie der Frau habe die beiden aufgespürt und an die Taliban ausgeliefert und an die Taliban ausgeliefert und an die Taliban zu richten. „Die Extremisten haben sowohl den Jungen als auch das Mädchen durch Schüsse vor einer Ansammlung von Dorfbewohnern sinnlos getötet“, sagte Asaad.

NORDKOREA

Atomstreit eskaliert

UN-Inspektoren ausgewiesen – Gesprächs-Boykott

Seoul – Nordkorea hat eine Wiederaufnahme seines Atomprogramms und einen Boykott der internationalen Gespräche angekündigt. Pjöngjang weise alle UN-Inspektoren aus und reaktiviere seine Atomanlagen, teilte die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien mit. Die Regierung habe die Behörde darüber informiert, dass „sämtliche Zusammenarbeit sofort beendet“ werde. Den Atominspektoren in Nordkorea sei mitgeteilt worden, sie sollten alle Siegel von den Anlagen und auch die Überwachungskameras entfernen, erklärte die IAEA weiter.

Das Außenministerium in

Pjöngjang protestierte zuvor in scharfer Form gegen eine Erklärung des UN-Sicherheitsrats, die den jüngsten Start einer nordkoreanischen Langstreckenrakete verurteilt. Der Sicherheitsrat habe damit mutwillig die Souveränität des Landes verletzt, hieß es in der Stellungnahme. „Wir haben keine andere Wahl, als unsere atomare Abschreckung weiter auszubauen.“

Am 5. April hatte Nordkorea eine Langstreckenrakete gestartet und damit nach eigenen Angaben einen Satelliten ins All gebracht. Allgemein wird jedoch vermutet, dass es sich dabei um den Test einer Rakete gehandelt hat. ap

BUNDESWEHR

42 Fahrzeuge bei Anschlag zerstört

Dresden – Beim Brandanschlag auf Bundeswehrfahrzeuge in Dresden sind weit mehr Fahrzeuge beschädigt worden als bisher bekannt. Insgesamt 42 Busse, Lkw und andere Autos seien auf dem Gelände der Offizierschule des Heeres in der Nacht zum Ostermontag zerstört oder stark beschädigt worden, teilte das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen und die Staatsanwaltschaft Dresden mit. Ursprünglich war von 30 Fahrzeugen die Rede. Der Sachschaden wurde mit mindestens drei Millionen Euro angegeben. Die Polizei hat inzwischen eine Sonderermittlungsgruppe eingesetzt. dpa

BANGKOK

Demonstranten ziehen ab Pauschalurlauber können Bangkok-Reisen stornieren

Bangkok – Die Regierungsgegner in Thailand haben ihre Proteste nach den schweren Ausschreitungen mit zwei Todesfällen am Dienstag ausgesetzt. Etwa 2000 der in Rot gekleideten Demonstranten bedenkten die Straßenblockaden in der Nähe des Regierungssitzes. Ein Gericht in Bangkok erließ Haftbefehle gegen 14 Anführer der Proteste, unter anderem gegen den früheren Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra, der im Exil lebt. Ihnen werden Aufruf zu öffentlicher Unruhe und illegale Versammlungen vorgeworfen. Thaksin war letztes Jahr kurz vor einer Verurteilung ins Ausland ge-

flohen. Er wandte sich zuletzt fast täglich in Videobotschaften an die Demonstranten.

Pauschalurlauber dürfen nach Einschätzung von Experten jetzt Bangkok-Reisen kostenlos stornieren. „Wer in den nächsten Tagen dorthin fliegen wollte, kann sich dabei auf höhere Gewalt berufen“, sagte die Juristin Bettina Dittrich von der Verbraucherzentrale. Denn Pauschalreisenden stehe ein Kündigungsrecht zu, wenn eine Reise wegen unvorhersehbarer höherer Gewalt erheblich gefährdet wird. Dafür sei bereits ein verschärfter Sicherheitshinweis des Auswärtigen Amtes ein Indiz.